

W

8

Kuhn

2362

UB München

Aus

B.U.M.

Jo Kuhn 2362

Weber

W

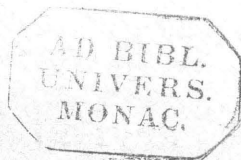
1324

416 200 443 800 18



8 Kuhn 2362

A



Mus St. Jacobi.

Eine Recapitulation

von

A. W. [Eber]

Berlin 1879.

Verlag von J. Schlesier.

Kommandantenstraße 46.

5 12 6 44

AD BIBL.
UNIVERS.
MONAC.



Notto.

„Ich selbst ehre die Religion, folge gerne ihren beglückenden Vorschriften, und möchte um Vieles nicht über ein Volk herrschen, welches keine Religion hätte. Aber ich weiß auch, daß sie Sache des Herzens, des Gefühls und der eigenen Ueberzeugung sein und bleiben muß, und nicht durch methodischen Zwang zu einem gedankenlosen Plapperwerke herabgewürdigt werden darf, wenn sie Tugend und Rechtchaffenheit befördern soll. Vernunft und Philosophie müssen ihr unzertrennlicher Gefährte sein; dann wird sie durch sich selbst bestehen, ohne die Autorität derer zu bedürfen, die es sich anmaßen wollen, ihre Lehrsätze künftigen Jahrhunderten aufzudrängen und der Nachkommenschaft vorzuschreiben, wie sie zu jeder Zeit und in jedem Verhältnisse über Gegenstände, die den wichtigsten Einfluß auf ihre Wohlfahrt haben, denken sollen.“

Friedrich Wilhelm III. (Cabinetsordre an von Möllner
11. Jan. 1798.)

„In der evangelischen Kirche, wir können es nicht leugnen, ist eine Orthodoxie eingekehrt, die mit ihrer Grundanschauung nicht verträglich ist und die sofort in ihrem Gefolge Heuchler hat.“

Ansprache Sr. Kgl. Hoheit des Prinz-Regenten von Preussen, 8. Nov. 1858.

108937542



1. Zur Lage unserer evangelischen Kirche.

Von einem Laien.

Bei dem Anspruche, den die lutherische Orthodoxie jetzt darauf erhebt, in der evangelischen Kirche die alleinig berechnigte Richtung zu sein und alle Andersdenkenden als „Nicht-Christen“ aus der Kirche zu weisen, möchte der Hinweis auf die geschichtliche Entwicklung, welche innerhalb derselben seit einem Jahrhundert etwa stattgefunden hat, wieder einmal recht an der Stelle sein. Faktisch ist, daß damals und bis in das zweite Jahrzehnt dieses Jahrhunderts hinein der „Rationalismus“ fast alleinig in der Kirche herrschte. Da nun die jezige evangelische Geistlichkeit wohl zu zwei Dritteln aus den „Pfarrhäusern“ stammt, so machen sich diejenigen darunter, welche die jetzt freilich nur noch eine geringe Minorität bildenden Vertreter des „Rationalismus“ direkt von der Kanzel weisen wollen, geradezu einer starken Impietät gegen ihre eigenen Väter und Großväter schuldig; sie schänden dieselben noch im Grabe, indem sie deren Gefinnungsgegnossen als Ungläubige und Unwürdige brandmarken, denn das Alles fällt mit derselben Schärfe auch auf das Haupt Jener zurück.

Charakteristisch für den Unterschied von Damals und Jetzt ist folgendes angebliche Factum, welches eine schlagende Parallele zu dem jetzt so viele Leidenschaften wachrufenden leidigen Sydnov'schen Fall abgeben würde. Der Prediger Theremin hierseibst sollte, so wird glaubwürdig erzählt, allerdings ohne eine bestimmte Jahreszahl zu nennen, sagen wir also etwa im Jahre 1809*), von dem königl. Consistorium zur Verantwortung gezogen werden, weil er auf der Kanzel die Gottheit Christi behauptet hatte! Die Herren im Consistorium waren aber schließlich damals so vernünftig und ließen die Sache ruhen. Es wäre wirklich höchst wünschenswerth, über diesen Vorgang, über den doch wohl in den Consistorial-Acten Auskunft zu finden sein wird, eine solche zu erhalten.

Was uns Laien bei den jezigen theologischen Zänkereien innerhalb der protestantischen Kirche so ganz besonders unangenehm berührt, ist, wir wollen einmal von der dadurch bekundeten Lieblosigkeit der

*) Es müßte doch noch später gewesen sein! denn Theremin kam erst 1810 nach Berlin, als Erzieher des Kronprinzen, wie als Prediger an der französischen Kirche auf dem Werder; 1815 ward er Prediger an der Hof- und Domkirche, 1824 Ober-Consistorialrath und vortragender Rath im Cultus-Ministerium.

Gefinnung ganz schweigen, einfach schon ein rein politisches Moment. Dank unserm Kaiser, Dank Bismarck und Moltke, Dank dem vergossenen Blute unserer Brüder und Söhne, hat Deutschland endlich seine politische Einheit erreicht. Schlimm genug, daß dieselbe durch die Kämpfe mit den Römlingen factisch gefährdet ist, aber schlimmer noch, daß auch in unserer eigenen evangelischen Kirche der Zelotismus der Buchstabengläubigen dieselbe mit den ernstesten Gefahren bedroht. Denn das mögen sich diese Herren Pastoraltheologen doch nur gefälligst klar machen, daß es sich bei ihren Verfehrungen nicht blos um die paar Geistlichen handelt, die jetzt noch in der preussischen Landeskirche das Banner des vielgeschmähten „Nationalismus“ hochhalten (welches vor einem halben Sæculum noch das einheitliche Banner derselben war!), und nicht blos um die denselben anhängende sei es Majorität oder Minorität der Gebildeten in Preußen, sondern daß, wenn es ihnen gelingt, diese Männer aus der Kirche zu stoßen, sie damit auch über alle ihre Gesinnungsgenossen in ganz Deutschland den Stab brechen, und daß damit ein tiefer Riß durch die Gemüther gehen würde, der das Werk unserer Staatsmänner und Helden arg schädigen müßte. Denn außerhalb Preußens, wo ja allerdings seit 1840 der Geist der pfäffischen Ueberhebung und des geistlichen Hochmuths geflüßentlich genährt worden ist, stehen die Dinge denn doch vielfach ganz anders. Da herrscht noch der alte, obschon immerhin in verjüngte Formen gegossene Rationalismus. Man blicke auf Thüringen, die Pfalz, Baden, Elsaß-Lothringen, Oldenburg, die freien Reichsstädte. Sind alle die Männer, die dort auf der Kanzel stehen, im Consistorium und als Superintendeten wirken, keine „Christen“? Und sind denn etwa diese dortigen „Nichtchristen“ oder Christen zweiter Klasse schlechter als unsere „Christen“, resp. vollbegnadigten Vollchristen?

„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“, — daran wollen wir Laien uns halten und den theologischen Zänkereien, die von je her nur zur Verbitterung der Gemüther geführt haben, ein quos ego! zurufen. Wir werden damit ein besseres, wahreres Christenthum üben als Jene, die nur im Splitterrichten groß sind, es aber an der wahrhaften christlichen Tugend, der Liebe zu einander, bedenklich fehlen lassen. — Wer sich als evangelischer Christ bekennet, den hat Niemand zu fragen nach dem Maße dieses seines Bekenntnisses, danach, ob er an das oder das Dogma oder an alle Dogmen glaubt, die auf das Evangelium im Laufe der Jahrhunderte aufgepfropft sind. Es genügt, daß er sagt, er fühle sich als Christ und wolle ein solcher sein. Wer ihn dann von der Pforte der Kirche weisen wollte, der nehme nicht nur die Verantwortlichkeit für die Zersplitterung der Kirche auf sich, sondern verzichte zugleich auch auf den Namen eines deutschen Patrioten, denn er stellt sich dadurch in eine Reihe mit allen Denen, welche den Zwiespalt in die Herzen und Gemüther tragen, um dadurch zu zerstören, was der Opfermuth des Volkes und der Hochsinn, die Großherzigkeit und Geisteskraft seiner Führer und Leiter jüngst geschaffen haben.

2. Kein Prediger, kein Geld. *)

In der Jacobi-Parochie werden jetzt die erdenklichsten Anstrengungen gemacht, um Unterschriften für den Protest gegen die Wahl des Predigers Hofbach zu gewinnen. Die Colportage geht von Haus zu Haus. Von den Unterschriften erzählt man dabei sehr wunderbare Dinge. Dieselben sollten jedenfalls einer sehr speziellen Prüfung auf ihre Gültigkeit hin unterliegen. Es sollen sich dabei Namen von Solchen befinden, die gar nicht zur Parochie gehören, Namen von Ehefrauen und Wittwen, die in Abwesenheit ihrer Männer und Söhne unterzeichnet haben, Namen von Schulkindern (!), der Hauptsache nach überhaupt Namen von Frauen und jungen Mädchen.

Nun wir werfen keinen Stein auf die frommen Gemüther. Wir ehren die heilige Einfalt des Mütterleins, welches um der lieben Seligkeit willen seinen Arm voll Holz herbeiträgt, um den Scheiterhaufen, auf dem Huß verbrannt werden soll, damit zu speisen. Aber — wir erwarten von der Einsicht der vorgesetzten Behörde, daß sie uns keinen Scheiterhaufen anzünden wird. Was eifern denn diese frommen Seelen? Will man sie etwa aus ihrer Kirche ausschließen? Will man ihnen ihre Prediger nehmen? Davon ist ja keine Rede. Nur Diejenigen, die bisher aus dieser Kirche ausgeschlossen waren, die keinen Prediger hatten, der ihre Ansichten vertrat, wollen jetzt endlich auch einmal von ihrem Rechte Gebrauch machen können, in ihre Kirche zu gehen, ohne sich darin verletzern und verdammen zu hören, sondern um darin in ihrer Weise die Erbauung zu finden, die ihnen bisher darin gefehlt hat. Und dieselben bilden die entschiedene Majorität der Gemeinde! Erst zu Anfang dieses Jahres hat die Wahl der Gemeindevertreter stattgefunden, und diese Gemeindevertretung hat mit 38 Stimmen von 48 sich für die Wahl des Predigers Hofbach entschieden. Soll nun die Minorität auch weiter wie bisher das Recht haben, allein vertreten zu sein, die Majorität somit zu majorisiren?

Und ist denn Prediger Hofbach etwa ein unbekannter, unbewährter Mann, dem man kirchenschänderische Absichten und Wege zutrauen könnte? Ist er ein Verächter und Verfolger Andersdenker? Ist zu besorgen, daß er in der Gemeinde, deren Majorität ihn berufen hat,

*) Zum Verständniß des Folgenden sind einige historische Daten nützlich. Die Wahlpredigt des Lic. Hofbach fand am 13. Mai 1877 statt, die Wahl selbst geschah am 31. Mai. Die seine Berufung versagende Verfügung des Königl. Consistoriums datirt vom 4. October, und der auf die dagegen erhobenen Recurse erlassene Bescheid des Evang. Ober-Kirchenraths vom 31. Januar 1878. — Die Wahl sodann des Dompredigers Dr. Schramm fand am 11. April 1878 statt. Die Berufung desselben ward von dem Königl. Consistorium versagt unter dem 30. Novbr., und Dr. Schramm verzichtete dann in einem offenen Schreiben an die Gemeinde-Organe von St. Jacobi, do 18. Decbr., auf die weitere Verfolgung der Angelegenheit. — Die nunmehr bevorstehende Neuwahl wird ja wohl endlich den Abschluß bringen. Es ist ein lautes Geheimniß, daß dafür jetzt ein Mann ins Auge gefaßt werden kann, dessen Name nach allen Seiten hin die gewünschten Garantien in sich trägt.

nicht in Segen wirken werde? Nun sehen wir von allem Andern ab, das beste Zeugniß für den Werth des Mannes und die beste Antwort auf die schändlichen Angriffe, welche er in Folge seiner Gastpredigt — freilich wohl der ersten Predigt, in welcher von dieser Kanzel zur Milde und Versöhnung gemahnt worden ist — erfahren hat, gab ja neulich, mit speziellem Bezug auf sie, ein Mann, dessen Wort doch sonst bei unsern Gegnern und mit Recht hoch in Ehren steht, und der als mehrjähriger Spezial-College Hofbachs vor Allen zum Urtheil befugt ist. In den Verhandlungen bei der jüngsten Versammlung der Kreissynode Berlin I. hat der Vorsitzende derselben, Superintendent Berner, in seinem amtlichen Referat über die Zustände der einzelnen Parochien der Diözese es mit Wärme und Nachdruck hervorgehoben, „daß die beiden Geistlichen an der Andreaskirche, er selbst und Hofbach, zwar auf ganz entgegengesetztem dogmatischen Standpunkt ständen, dennoch aber in der Einigkeit im Geist und in herzlicher Gemeinschaft ihre Aemter führten“. Wahrlich ein vollwichtiges Zeugniß, das zugleich auch der wahrhaft christlichen Gesinnung dessen, der es ausstellt, zur vollen Ehre gereicht! Und was hat denn nun eigentlich in Hofbachs Predigt diesen furchtbaren Anstoß gegeben, daß die Leute sich wirklich so geberden, als ob dadurch die Kanzel entweiht sei? Ist denn die Richtung der Theologie, zu der er sich darin bekannt hat, in unserer Kirche wirklich so ganz unerhört und unberechtigt? In der Jacobikirche freilich hat sie bisher keinen Ausdruck gefunden. Aber ist das ein Grund dafür, daß dies auch alle Zeit hindurch so bleiben soll? Die Majorität der Gemeinde will dies eben nicht; sie hat durch den Mund ihrer gesetzlichen Vertreter vielmehr laut und deutlich erklärt, daß dies in Zukunft anders werden solle! Die Minorität protestirt hiergegen. Nun gut, die kirchlichen Behörden werden instanzweise darüber zu entscheiden haben.

Wir geben ihnen dabei aber Folgendes zu bedenken: Die vorliegende Frage spitzt sich einfach zu der Prinzipienfrage zu: Ist die moderne Theologie in der Kirche und auf der Kanzel des preussischen Staates berechtigt oder ist sie es nicht? Ist sie nicht berechtigt, ja, dann genügt es doch wahrlich nicht, die Uebersiedlung Hofbachs von der Andreaskirche nach der Jacobikirche zu verhindern, denn er predigt dort nicht anders, wie er hier predigen würde; dann bleibt eben nichts übrig, als ihm auch die dortige Kanzel zu verbieten und — mit ihm dann auch allen denen, die auf gleicher Stufe der Verdammniß stehen, wie er. Wir haben zwar keinen Zweifel daran, daß die Heißeisporne der Orthodogie einen solchen Schritt mit Freude begrüßen würden; unser Kirchenregiment aber wird doch vielleicht Bedenken tragen, in dieser Weise vorzugehen.

Ein solcher Schritt würde eine unbedingte Verleugnung des Grundgedankens der Reformation in sich schließen, denn die moderne Theologie ist ja eigentlich weiter nichts, als die consequente Durchführung eben dieses Grundgedankens. Sie ist auch keineswegs bei uns etwas so ganz Unerhörtes; Jedermann weiß vielmehr, daß eine mit derselben wesentlich

identische Richtung noch in den ersten Decennien dieses Jahrhunderts im unbestrittenen Besitze fast aller Kanzeln und Lehrstühle des preussischen Staates gewesen ist. Und außerhalb Preussens steht sie ja auch jetzt noch in mehreren deutschen Staaten in anerkannter Berechtigung da. Es würde somit einen tiefen Riß durch die deutsche evangelische Kirche geben, wenn die moderne Theologie jetzt auf einmal bei uns geradezu in Damm und Aicht erklärt werden sollte. Zudem muß unser Kirchenregiment doch selbst einräumen, daß diese so hart angefeindete moderne Theologie factisch äußerst segensreiche Früchte getragen, viele der Kirche fremd gewordene Herzen und Gemüther derselben wiedergewonnen und dem weithin verbreiteten Unglauben und Indifferentismus ein kräftiges Halt geboten hat.

Sollten aber alle diese Erwägungen für die orthodoxen Heißsporne noch nicht Gewicht genug haben, so dürfte vielleicht folgender Punct einigen Eindruck auf sie zu machen im Stande sein. Wir sagen einfach: „Kein Prediger, kein Geld!“ Nicht etwa als ob wir den Geistlichen, die sich dem Willen der Majorität ihrer Gemeinde so energisch widersetzen, daß sie im stolzen Bewußtsein ihrer bisherigen Alleinherrschaft in drohendem Prophetenton ausrufen: „Das sage ich Ihnen! diese Kanzel besteigt er nicht wieder!“ — nicht als ob wir diesen Herren den Genuß ihrer Einkünfte, die sie von dieser Gemeinde beziehen, und die ihnen die liberalen Gemeindevertreter in freigebiger Weise stetig erhöht haben, irgend verkümmern wollten! Wir haben etwas ganz Anderes im Auge, — die allgemeine Kirchensteuer, welche den hiesigen Mitgliedern der evangelischen Kirche auferlegt werden soll. Diese Steuer hat unseres Bedünkens nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn unsre Berliner Gemeinden Vertrauen zu ihrem Kirchenregiment haben. Eine etwaige Nichtbestätigung der Wahl Hofbachs, nach einer solchen Friedenspredigt — denn das ist diese Predigt, trotz alles Eifers dagegen — wäre ein Schlag ins Gesicht des gesammten kirchlichen Liberalismus. Sie würde bedeuten: zum Steuerzahlen sind die Liberalen gut genug, aber sie sind nicht werth, ihnen einen Geistlichen nach ihrem Wunsche zu geben, auch dann nicht, wenn noch zwei orthodoxe Geistliche in derselben Kirche sind; sie sind und bleiben eben nur geduldete Paria. Es gehört keine Prophetengabe dazu, um vorauszusehen, daß in solchem Falle die Berliner Stadtsynode schwerlich Lust haben wird (bekanntlich gehören ja zwei Drittel ihrer Mitglieder der liberalen Richtung an), ihren Mitgliedern kirchliche Lasten aufzulegen, die nur zur Aufrechterhaltung einer orthodoxen Priesterwirthschaft dienen würden. Thäte sie es aber dennoch, nun, so würde bald genug eine dann wirkungsvolle Agitation von unkirchlicher Seite her die Leute bestimmen, sich der Steuer durch Austritt aus der Kirche zu entziehen.

Es wäre somit nach diesem Allen wohl das unheilvollste Unternehmen, gerade jetzt einen Feldzug gegen den kirchlichen Liberalismus zu eröffnen und die in Hofbach's Predigt dargereichte Friedenshand zurückstoßen, in demselben Augenblicke, wo die Hilfe der liberalen Partei

unbedingt nothwendig ist zur Durchführung einer Maßregel, die durch die hiesigen kirchlichen Verhältnisse dringend geboten ist. Mögen unsere orthodoxen Polterer sich doch fragen, was ihnen höher steht, ob lediglich die Befriedigung ihrer Herrschaftsgelüste, oder die Durchführung von Einrichtungen, welche bestimmt sind, den kirchlichen Nothständen Berlins Abhilfe zu schaffen. Dann wird ihnen doch vielleicht eine leise Ahnung davon aufsteigen, daß sie sich nicht nur an dem Gewissen ihrer eigenen Parochialgenossen geradezu versündigen, wenn sie der Majorität derselben die kirchliche Erbauung in der Weise, wie diese es wünschen, vorzuenthalten suchen, sondern sich auch an der kirchlich-religiösen Entwicklung von ganz Berlin versündigen, wenn sie durch die ausschließliche Geltendmachung ihrer Wünsche eine Maßregel in Gefahr bringen, welche für die Gesamtheit von der größten Bedeutung ist.

Nun, und wenn auch diesen durch dreißigjährige Alleinherrschaft verwöhnten Eiferern keine Raison beizubringen sein sollte, so wollen wir doch einstweilen noch hoffen, ja, mit Zuversicht darauf vertrauen, daß das Kirchenregiment dem unbesonnenen Eifer zu widerstehen, ihn zu zügeln wissen wird. Es handelt sich eben factisch bei dieser Frage gar nicht mehr um Hofsbachs Person, sondern, wie schon bemerkt, einfach darum, ob die moderne Theologie seit Schleiermacher in der Kirche berechtigt ist oder nicht, und weiterhin, was speziell Berlin betrifft, darum, ob für die hiesigen kirchlichen Nothstände eine Abhilfe durch eine Kirchensteuer geschafft werden soll oder nicht. Jeder Besonnene wird sich sagen müssen, daß ohne die willige und bereite Mitwirkung der liberalen Partei die Einführung derselben gänzlich aussichtslos ist. Wenn man aber die Hilfe Jemandes braucht, so ist es jedenfalls nicht wohlgethan, ihn vorher vor den Kopf zu stoßen!

Nachschrift. (23. Januar 1879.) Die Größe der materiellen kirchlichen Nothstände Berlins hat sich in neuester Zeit leider so grell herausgestellt, daß es schwer fällt, an den vorstehend entwickelten Ansichten in ihrem vollen Umfange fest zu halten, und man sich fragen muß, ob nicht doch selbst dem jetzigen Kirchenregiment, trotz Allem und Allem, die zu deren Hebung unbedingt erforderlichen Mittel zu Gebote zu stellen sind? Darüber hinauszugehen freilich und ihm auch zur Creirung neuer Pfarrsysteme, wie das „Proponendum“ des königl. Consistoriums „an die vereinigten Kreissynoden Berlins“ vom 12. Sept. 1878 dies in Aussicht nimmt, die dazu nöthigen Mittel zu bewilligen, ist, wie viel Sympathie man auch für diese Sache selbst hegen mag und muß, einfach schon darum nicht möglich, weil die Sorge hiefür so recht eigentlich der nach dem Gesetz vom 3. Juni 1876 Tit. 8 „demnächst [d. i. dem deutschen Sprachgebrauch zufolge: diesem zunächst, baldigst, alsbald] zu bildenden Provinzialsynode Berlin“ zukommt.

3. Offener Brief an St. Hochwürden Herrn General-Superintendenten
Hobst Dr. Brückner.

Grimma, 24. Sept. 1877.

Sw. Hochwürden

wollen es gütigst unserer gemeinschaftlichen Zugehörigkeit zur Universität, und dem Vertrauen, welches ich daraus schöpfe, zurechnen, wenn ich mir die Freiheit nehme, von meinem hiesigen Ferien-Tusculum aus Sw. Hochwürden in der Hobbach'schen Sache, die mir als einem der Gemeindevertreter von St. Jacobi schwer am Herzen liegt und die demnächst wesentlich unter Ihrer Regide entschieden werden soll, meine Ansichten und schweren Besorgnisse vorzulegen.

Ich glaube durch meine wissenschaftlichen Studien über Religionsgeschichte eine gewisse Berechtigung zu einem Urtheil in diesen Dingen zu haben. Es giebt ja dabei in der That wohl „nichts Neues unter der Sonne“. Auf Grund dieser Studien trete ich denn

1) unbedingt für die dogmatische resp. kirchliche Berechtigung der Hobbach'schen Richtung ein. Alle Religionen, die ich kenne, gehen in ihrem Ursprunge von innerlichem Herzensbedürfnis aus, aber im Laufe der Zeit werden die Lehren ihrer Stifter überwuchert von äußerlichem Beiwerk. So ist auch die Lehre Christi faktisch immer mehr zu einer Lehre von Christus geworden. Es war die große That der Reformation, daß sie eben wieder zurückging auf das Neue Testament und auf die darin enthaltenen Documente seiner Wirksamkeit. Es sind dann wieder, auf- und abwogend mit lichteren Strömungen, Zeiten der Verkünderung gefolgt, welche zum Theil wieder das lebendige Leben in der Kirche ertödteten. In einer solchen Periode befinden wir uns auch jetzt wieder, und die Richtung, welcher Lic. Hobbach angehört, hat gerade das Verdienst, wieder einmal die Lehren Christi selbst in den Vordergrund zu stellen, ist also echt protestantisch. Der unitarische Zug, der sie durchströmt, steht mit dem Evangelium selbst in vollem Einklang. Die Ausdrücke desselben, welche zu dem kirchlichen Dogma der Trinität geführt haben, sind an und für sich sowohl, wie in diesem selbst, wie es sich geschichtlich entwickelt hat, ganz anders zu verstehen, als dies jetzt von Seiten einer Orthodoxie geschieht, die durch die schroffe Betonung ihrer mißverständlichen, dogmengeschichtlich unberechtigten, und factisch geradezu an Polytheismus anstreifenden Auffassung derselben, sich im Widerspruch befindet mit dem Geiste der Bildung unserer Zeit.

2) Die Persönlichkeit des Lic. Hobbach ist eine solche, daß jede Kirchengemeinschaft sich Glück wünschen kann, wenn sie solche Glieder unter sich zählt. Nach dem Zeugnis seines ehrwürdigen, ob auch dogmatisch von ihm geschiedenen Collegen wirkt er seit Jahren, mit diesem im Geiste der Einigkeit vereint, in Segen in seiner Gemeinde.

3) Die St. Jacobi-Gemeinde ist seit ihrem Bestehen von musterhaft treuen und pflichteifrigen, aber einseitigen Geistlichen versorgt wor-

den. Diese Einseitigkeit hat sich mit solcher Schroffheit und Ausschließlichkeit geltend gemacht, daß die Majorität der Gemeinde sich davon abgestoßen, wie aus ihrer eigenen Kirche ausgestoßen, gefühlt hat. Es ist dies nicht der Weg, auf welchem sich in der jetzigen Zeit die Gemüther kirchlich erbauen und fesseln lassen. Man verleidet damit vielmehr allen denjenigen ihre Kirche, welche für ihre religiösen Bedürfnisse andere Nahrung verlangen. Aus dem Drange und der Sehnsucht, endlich auch einmal ihrerseits dieselben befriedigt zu sehen, ist die Wahl des Vic. Hofbach durch die Gemeinde-Vertretung hervorgegangen, dessen zur Einigkeit mahnende Gastpredigt Viele von uns bis zu Thränen gerührt hat. Bei den Anhängern der bisher herrschenden Richtung hat dieselbe allerdings Anstoß gefunden, und sie haben diesen ihren Gefühlen dabei in einer Weise Ausdruck gegeben, die wir uns nie den Vertretern ihrer Richtung gegenüber erlaubt haben, wie oft auch unser religiöses Gefühl durch sie verletzt worden ist. Diese Minorität der Gemeinde hat im Uebrigen in den zwei fungirenden Predigern würdige Männer ihres Vertrauens. Soll nun die Majorität um ihre Willen darauf verzichten, auch ihrerseits sich eines Solchen zu erfreuen?

4) Was soll werden, wenn die Wahl der Gemeinde nicht anerkannt wird? Vermuthlich legt die Gemeinde-Vertretung ihr Amt nieder. Die Neuwahlen berufen sie dann aufs Neue dazu, darüber besteht kein Zweifel. Setzen wir nun den ebenfalls nicht unwahrscheinlichen Fall, sie wählt dann abermals Vic. Hofbach, will das Kirchenregiment dann abermals diese Wahl, die doch gewiß als ein Ausdruck des Willens der Gemeinde zu gelten haben würde, annulliren? Aber es kann die Gemeinde doch nicht zu einer anderen Wahl zwingen? und ebenso wenig anderseits ihr einen andern Prediger aufzwingen! Der würde einfach von derselben nicht anerkannt werden, kein Gehalt u. c. erhalten. Man müßte dann noch weiter gehen und der Gemeinde nicht bloß die Wahl, sondern auch ihre ganze Kirchen-Vertretung und -Verwaltung entziehen, kurz eine der ersten Berliner Gemeinden so behandeln, wie eine eroberte Stadt, à la Straßburg etwa. Sind dies Zustände, die mit der neuen Kirchenverfassung verträglich sind? Würde man nicht dadurch eventualiter die Gemeinde zum Austritt aus der Kirche zwingen, (wobei dann höchst ärgerliche Auseinandersetzungen mit der Minorität nicht zu vermeiden wären)? Und geschieht das, würde es in Berlin bei diesem einen Falle bleiben?

5) Was soll dann aus dem kirchlichen Leben in Berlin, das wahrlich ohnehin schon schwer genug geschädigt ist und stetig geschädigt wird, werden? Sollen, um nur eins zu erwähnen, alle die dringenden äußeren kirchlichen Bedürfnisse Berlins unbefriedigt bleiben?

6) Und was wird in solchem Falle aus der protestantischen Kirche in Preußen überhaupt? ja welchen Einfluß hätte das sogar auf die Stellung der christlichen Religion in unserm Vaterlande?! Wir haben doch wahrlich jetzt „Feinde ringsum“! Ist das eine Zeit für christliche Brüder, sich wegen dogmatischer Differenzen in den Haaren zu liegen? Streitigkeiten in der Familie gehen ja leider meist aus geringfügigen An-

lassen hervor, aber sie sind stets sehr hartnäckig, und Bruderzwist führt ja wohl gar auch zu Brudermord. Der pflegt dann aber, geht die Sage, meist gegenseitig zu sein, und wird so zum Selbstmord. Und wahrlich, es streift nahe an Selbstmord und Geistesstörung, was jetzt in der protestantischen Kirche bei uns vorgeht. Denn ich kann diesen Streit um mißverständene Dogmen, die ursprünglich einen ganz andern Sinn gehabt haben, und die außerdem ihrer secundären Entstehung nach nimmermehr einen Anspruch darauf erheben können, die reine Lehre des Evangeliums selbst zu repräsentiren, oder gar zu ersetzen, nicht anders ansehen. Wer sich zu Christi Lehre bekennt, der ist Christ, und Niemand hat das Recht, ihm diesen Namen zu weigern. Darüber sollte in einer protestantischen Kirchengemeinschaft billig kein Zweifel sein.

7) Auch politisch hat die bevorstehende Entscheidung ihre große Bedeutung. Es würde damit zunächst für Preußen eine Entfremdung der Gemüther innerhalb des übrigen protestantischen Deutschlands, in welchem die freiere Richtung vielfach anerkannt ist, ja sogar, und zwar ohne jegliche Schädigung des kirchlichen Lebens, die oberste Leitung hat, verbunden sein, welche der Stellung Preußens, die ja nicht bloß auf seiner äußeren, sondern auch auf seiner geistigen Vormacht beruht, entschieden nachtheilig sein würde. Vor Allem aber — Rom würde frohlocken! Darüber brauche ich kein Wort weiter zu sagen. Das springt in die Augen.

Mit allem dem habe ich Ew. Hochwürden gewiß nichts Neues gesagt; alle diese Bedenken sind gewiß auch von Ihnen längst empfunden und erwogen worden. Aber es drängte mich doch, Ihnen dieselben vorzulegen, und ich meine damit eine Pflicht zu erfüllen, wenn ich es thue. Quod Deus bene vertat!

In ausgezeichnetester Hochachtung und Verehrung

ergebenst

Professor Dr. A. Weber.

4. Der Fall Hossbach.

Trotz Allem, was sonst noch Hochwichtiges zur Zeit sich ereignet oder vorbereitet und ahnen läßt, steht doch die Hossbach'sche Angelegenheit und speciell die Entscheidung des königl. Consistoriums darin bei uns noch immer, und zwar in den weitesten Kreisen, mit im Vordergrund. Und mit Recht; denn wir sind hier bei einem Stadium in der Entwicklung der evangelischen Kirche angelangt, welches für dieselbe von der allergrößten Bedeutung ist. Auch im Auslande beginnt man aufmerksam zu werden auf die Dinge, die sich bei uns begeben. So läßt sich u. A. der „Scotsman“ vom 17. October in einem gut unterrichteten allgemeinen Artikel über die jetzige Bewegung in der protestantischen Kirche Deutschlands über diesen speciellen Fall aus: „Wenn der Recurs des kirchlichen Wahlcollegiums refusirt werden sollte, wird dasselbe zu einer Neuwahl schreiten, da die neue Kirchen-

Gemeinde-Ordnung keine andere Art, die erledigte Stelle zu besetzen, gestattet; dabei wird denn, es ist kaum ein Zweifel, die Wahl wieder auf Herrn Hoßbach fallen. Das gläubige ein Zwanzigstel der Gemeinde, welches alle drei Pastoren für sich will, und sich nicht einen Strohhalbm darum kümmert, was aus den übrigen neunzehn Zwanzigsteln wird, wird dann wieder einen Protest an das Consistorium senden, und so ad infinitum.“ Dieses Vertrauen auf die Charakterfestigkeit der Wähler der St. Jacobi ist in einem Lande, wie Schottland, welches selbst so glänzende Proben dieser Eigenschaft abgelegt hat, selbstverständlich.

Da nun zur Zeit die Entscheidung des Evang. Oberkirchenraths noch aussteht, so erachten wir es für zweckdienlich, theils die Sachlage selbst, welche der „Scotsman“ in obigen Worten kurz aber treffend gekennzeichnet hat, wieder einmal in ihrem factischen Verlaufe klar zu stellen, theils die Gründe, welche das königl. Consistorium für seine Entscheidung angegeben hat, auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen.

Die religiösen Differenzen, welche in unserer protestantischen Kirche jetzt in so scharfem Gegensatz sich gegenüberstehen, treten in der hiesigen St. Jacobi-Gemeinde darum noch schärfer, als an anderen Orten hervor, weil in ihr seit ihrem Bestehen stetig in einseitiger und schroffer Weise nur die eine Auffassung des Christenthums, welche sich selbst die gläubige nennt, von der Kanzel gepredigt worden ist. Dadurch sind eines Theils deren Anhänger zu der Meinung verleitet worden, als hätten überhaupt nur sie ein Recht darauf, der evangelischen Kirche anzugehören, während andererseits die Anhänger der kirchlich-freisinnigen Richtung sich mit ihren Ansprüchen auf religiöse Erbauung gänzlich, und zwar vielfach in herbster und verlegendster Weise zurückgestoßen und ausgeschlossen sahen. Die Wahlen des Gemeindefkirchenrathes und der Gemeindevorsetzung, haben es nun eclatant erwiesen, daß die überwiegende Mehrheit der Gemeinde der liberalen Richtung angehört. Als nun nach dem Ableben des bisherigen Pfarrers es sich darum handelte, einen Nachfolger für ihn zu finden, da richteten die Gemeindeorgane, durch die im Januar d. J. stattgehabte Neuwahl speciell auch dazu berufen, ihr Augenmerk dahin, diesem bisherigen wahrhaften Nothstande abzuhelpen, der die Majorität der Gemeinde zwang, für sich und ihre Familien außerhalb ihrer Kirche die Befriedigung ihrer religiösen Bedürfnisse zu suchen. Sie fühlten sich dazu um so specieller veranlaßt, als ja für die Bedürfnisse der orthodoxen Minderzahl der Gemeinde durch die annoch fungirenden beiden Geistlichen ausreichend gesorgt ist.

Als Baien allem theologischen Hader fremd, legten dieselben bei ihrer Auswahl unter den gesetzlich qualificirten Geistlichen des Landes das Hauptgewicht darauf, einen Mann zu finden, der die redliche Absicht hat, christliches Leben und christliche Religiosität zu lehren und zu pflegen, und das Band der Einigkeit um die Gemeinde zu schlingen, die nun lange genug durch die innerhalb unserer Kirche nun einmal bestehenden Gegensätze, zur schweren Schädigung des religiösen Lebens in ihr, zerflüftet ist.

Die Wahl fiel auf den Lic. Hofbach, der, seit 18 Jahren im geistlichen Amt, seit zehn Jahren an der hiesigen Andreas-Kirche in christlicher Eintracht mit seinem dogmatisch geschiedenen Amtsbruder in Segen wirkt, und der hierdurch die Garantie bot, daß ihm ein Gleiches auch bei St. Jacobi gelingen könne, wie denn auch seine Gastpredigt in lauterster Weise den Geist der Versöhnung athmete und zu der Einigkeit im Geist, über alle dogmatischen Gegensätze hinweg, ermahnte.

Gerade diese Predigt war es nun aber, welche der bisher im alleinigen Besitz der St. Jacobi-Kirche sich befindenden Minorität die Veranlassung ward theils zu einer directen Störung des Gottesdienstes — sie wollten die Worte der Versöhnung und des Friedens nicht einmal hören — theils zu der Sammlung von Unterschriften zu einem Protest gegen die im weiteren Verlauf stattgehabte Wahl. Es gelang denn auch 944 Unterschriften dafür zu gewinnen, über deren Qualität und Gültigkeit freilich allerhand Sonderbares verlautet; und diesem ihrem Protest ist es denn auch factisch gelungen eine ihm willfahrende Entscheidung des königl. Consistoriums herbeizuführen, insofern dasselbe nämlich dadurch zu der Ueberzeugung gelangte, dieser Protest bekunde für die Gemeinde, aus der er hervorgegangen, ein so tiefgehendes Mißtrauen gegen den Erwählten, daß damit für ihn die Möglichkeit einer gesegneten Wirksamkeit in ihr ausgeschlossen sei. Unter Hinweis auf einen Paragraphen des Allgemeinen Landrechts (Theil 2. Tit. 11., §. 325.), wonach nämlich „kein Pfarrer einer Gemeinde aufgedrungen werden soll,“ verweigerte es daher die Berufung.

Sehen wir uns diesen §. näher an; derselbe lautet: „Niemals soll ein Subject, welches mit der Gemeinde in Streit und Feindschaft lebt, oder gegen dessen Grundsätze oder moralisches Verhalten die Gemeinde erhebliche Einwendungen hat, derselben zum Pfarrer aufgedrungen werden.“

Wie dieser §. auf den vorliegenden Fall passen soll, ist nun freilich nicht recht zu sehen. Das Einspruchsrecht „der Gemeinde“, von dem es handelt, ist durch §. 32. der neuen Kirchengemeinde-Ordnung ausdrücklich nur für solche Fälle beibehalten, wo nach §. 32. selbst ein Pfarramt kraft kirchenregimentlicher Verleihung oder nach Patronatsrecht zu besetzen ist. Denn wenn „die Gemeinde“ die Wahl hat, da kann ja doch eben davon gar nicht die Rede sein, daß ihr „ein Subject aufgedrungen“ werden solle. Für diese Fälle, wo die Gemeinde die Wahl hat, tritt eben das durch §. 8. der Allerhöchsten Verordnung vom 2. December 1874 normirte Einspruchsrecht jedes Gemeindegliedes ein. — Gesezt aber auch, der §. 325. bestände (eine *contradictio in adjecto*!) auch für die Fälle, wo die Gemeinde die Wahl hat, noch fort, nun dann paßt derselbe doch auf den vorliegenden Fall einfach darum nicht, weil nach dem Erlaß des Ev. Oberkirchenrathes vom 19. April 1875 die Gemeindeorgane „bei Ausübung der Wahl Namens der Gemeinde“ handeln. Da nun die Gemeinde-

organe von St. Jacobi den Lic. Hoßbach gewählt haben, so hat ihn die Gemeinde gewählt. Er wird ihr somit nicht „aufgedrungen,“ sondern sie will ihn haben, und er wird ihr vorenthalten.

Das königl. Consistorium hat hiernach einen falschen Gebrauch von dem angezogenen Paragraphen des Landrechtes gemacht, und damit wird denn auch seine ganze Entscheidung, die auf ihm lediglich basiert ist, rechtlich hinfällig.

Das durch §. 8. der Allerh. Verordnung vom 2. December 1874 für den Fall der Pfarrerrwahl durch die Gemeindeorgane jedem Gemeindemitgliede eingeräumte Einspruchsrecht gegen die getroffene Wahl kann, im Hinblick auf die anderweitigen Bestimmungen in §. 3. und §. 10. derselben Verordnung nur den Sinn haben, daß in Bezug auf den Erwählten nicht blos „erhebliche Einwendungen gegen dessen Grundsätze,“ wie sich der vom königlichen Consistorium angeführte Paragraph des Landrechts für jenen Fall ausdrückt, vorliegen, sondern daß ihm solche Mängel „in Lehre, Gabe und Wandel“ nachgewiesen werden, welche seine „gesetzliche Qualifikation“ (§. 3.) aufheben, und einen der Fälle constituiren, auf Grund deren allein nach §. 10. („nur“ heißt es darin) ihm die Berufung versagt werden darf.

Wäre dem nicht so, reichte wirklich der bloße Anstoß, den ein Prediger einem Theile der Zuhörer seiner Gastpredigt giebt, dazu hin, um seine durch die Gemeindeorgane Namens der Gemeinde vollzogene Wahl zu annulliren, ja, dann kann von einer Wahl durch dieselben überhaupt gar nicht mehr die Rede sein. Es kommt dann nur auf das größere oder geringere Quantum von Anstandsgefühl bei der Minderheit an, welchen Ausdruck sie ihrem „tiefgehenden Mißtrauen“ gegen den Erwählten geben will, um eine jede ihr mißliebige Wahl unmöglich zu machen. Der vorliegende Fall, wo die Minderheit zwei Geistliche der eigenen Richtung hat, die Majorität aber doch verhindert, die dritte durch einen Mann ihres Vertrauens zu besetzen, zeigt evident, daß man von sittlichem Tact und von Rücksicht auf das Wohl und die Bedürfnisse Anderer in solchem Falle nicht viel erwarten darf.

Dem durch die vorgelegten Proteste erhobenen Einspruche gegenüber, hatte das königl. Consistorium einfach und allein zu prüfen, ob die gegen die Lehre des Lic. Hoßbach (denn nur darum handelt es sich hier; gegen „Gabe und Wandel“ ist kein Einspruch laut geworden, auch hätte da nach §. 8. erst die Meinung des Kreissynodal-Vorstandes gehört werden müssen, was nicht geschehen ist) erhobenen Einwendungen so erheblich und so wohl begründet sind, daß sie denselben der „gesetzlichen Qualifikation“ (§. 3.) entkleiden und einen der in §. 10. vorgesehenen Fälle darstellen. Dann mußte es ihn aber gleichzeitig auch seines Amtes an der Andreaskirche entheben! Oder aber es befand jene Einwendungen als nicht so erheblich, um ihm seine „gesetzliche Qualifikation“ zu nehmen. Dann durfte es ihm (§. 10.) seine Berufung nicht versagen! Ihm diese Qualifikation und sein jetziges Amt zu belassen, dagegen die Berufung in ein anderes hiesiges Pfarramt, in welches er von der com-

petenten Wahlkörperschaft in völlig gesetzlicher Weise gewählt ist, zu versagen, ist ein rechtliches Unding und ein schweres Unrecht gegen ihn selbst wie gegen seine Wähler.

Das königliche Consistorium hat den Protestlern zwar factisch gewillfahrt, aber zu der von ihnen beantragten klaren und reinlichen Entscheidung der Sache hat es doch nicht den Muth gehabt. Es hat sich daher theils hinter der gegen den Lic. Höffbach gerichteten Anschuldigung, derselbe habe seinen Standpunkt nicht klar dargelegt — wobei es denn sowohl mit dem factischen Sachverhalt, als mit den Angaben der Protestler, als auch mit der eigenen anderweitigen Motivirung seiner Entscheidung selbst in offenen Conflict geräth —, theils hinter einen §. des Allg. Landrechts versteckt, der hier gar nicht hingehört. Es ist eben einfach zurückgeschreckt vor der Verantwortung, die es übernommen hätte, wenn es dem Antrage der Protestler gemäß, die Lehre des Lic. Höffbach als eine solche erkannte, welche denselben unfähig mache, ein geistliches Amt in der evangelischen Kirche zu bekleiden.

In dieser Schwäche des Consistoriums liegt ja denn freilich auch ein guter Kern. Es liegt darin nämlich doch eigentlich geradezu implicite die Anerkennung ausgedrückt, daß die moderne Theologie, zu der sich Lic. Höffbach so offen und so unumwunden bekannt hat, denn doch nicht so ohne Weiteres in Bann und Acht zu thun sei, daß vielmehr auch sie ihr Recht in der Kirche habe.

Auch ihre Anhänger bekennen sich ja, ein Jeder nach dem Maße seines Glaubens und Gewissens zu Jesus Christus, dem Erlöser und Heiland der Welt, und zu seiner Lehre von Gott dem Vater und allmächtigen Schöpfer und Regierer derselben. Auch sie wollen christliches Leben und christliche Religiosität in der Gemeinde gepflegt sehen. Wer anders von ihnen denkt, legt falsches Zeugniß gegen sie ab.

Und das zu thun hat das königl. Consistorium nicht über sich vermocht. Zu einer offenen Anerkennung freilich hat es sich auch nicht zu erheben vermocht, und dabei mag denn — das Organ der Hofpredigerpartei hat dies ja selbst ganz direct, und in völlig unverblümter Weise ausgesprochen — wohl auch ein gut Stück Menschenfurcht mitgewirkt haben! Du sollst aber Gott mehr gehorchen, als den Menschen!

Wahrlich, je weiter die Grenzen in Bezug auf die „Lehrabweisungen“ gesteckt werden, je mehr entspricht dies dem factischen Bedürfnisse der Kirche der Gegenwart. Es ist ja doch auch durch die Geschichte hinlänglich genug bezeugt, daß die „Bekanntnisse“ sowohl wie die sonstigen Lehresaße der Kirche nur unter heftigen Kämpfen zu Stande gekommen sind, bei denen die Majoritäten geradezu durch die weltliche Gewalt, durch die Decrete der byzantinischen Kaiser geschaffen, die Minoritäten dagegen, und zwar zum Theil unter blutiger Verfolgung, gänzlich unterdrückt wurden. Auch in der Reformationszeit war es ja noch allgemein üblich, daß der Landesherr den Bischof spielte; cuius regio eius religio, „wem das Land gehört, dessen Religion hat es“, hieß es damals. Solche byzantinische Hoftheologie liegt nicht mehr im Geiste der Zeit, noch

lag sie überhaupt je in dem Geiste und in den Traditionen eines Herrscherhauses, wie wir uns dessen erfreuen, mit dem stolzen Wahlspruch: *Suum cuique*.

Blicken wir doch auch mal näher auf die factischen Verhältnisse hin. In vollem Einklange mit den Satzungen der Kirchenlehre befindet sich jetzt kaum Einer unserer gebildeten Theologen, und wenn sie noch so eng den Mantel der Rechtgläubigkeit um sich schlagen. Auch die beiden in St. Jacobi fungirenden Geistlichen befinden sich nicht in durchgängigem Einklange damit. Der eine derselben ist durch seine chiliastischen Träumereien und Satans-Phantastereien auf dem besten Wege ein „Schwarmgeist“ zu werden, der Andere hat schon einmal sein evangelisches Pfarramt niedergelegt, und ist mehrere Jahre lang katholischer Priester gewesen. Die Predigten Beider erhitzen die Phantasie, erregen Eifer und Fanatismus, aber von christlicher Liebe und Duldung enthalten sie nur wenig. Jedenfalls haben sie es nicht verstanden, zu dem Herzen der Gemeinde Zugang zu gewinnen. Sie stehen derselben vielmehr, bis auf die 944 Protestler, geradezu feindlich gegenüber. Immerhin, Beide meinen es treu und redlich mit ihrem Amt, und haben große Verdienste um Krankenpflege, Armenpflege zc. Mögen sie denn auch weiter, Jeder in seiner Weise, wirken. Aber neben ihnen will die Gemeinde eben einen Mann haben, der ihr nicht, wie jene Beiden factisch es thun, die Kirche verleidet, sondern sie derselben zuführt. Sie will einmal Worte des Friedens in der Kirche hören: Diesen Mann haben die Organe der Gemeinde in Lic. Hoffbach gefunden, und sie werden an ihm festhalten.

Wir können nicht besser thun, als mit den folgenden Worten des „Scotsman“ in dem im Eingange angeführten Artikel zu schließen:

„Ob die preussische Regierung auf die engherzigen Rathschläge der sogenannten Hofpredigerpartei hören will — in welchem Falle Dr. Falk schwerlich im Amt bleiben könnte — oder nicht, wird sich bald zeigen. Mittlerweile darf man wohl bei dem gegenwärtigen Stande der römisch-katholischen Frage billig den Zweifel hegen, daß die Regierung den Anforderungen einer extremen Partei der protestantischen Kirche nachgeben werde, wie sehr dieselbe auch in Hofkreisen begünstigt werden möge. Denn sie würde sicherlich dadurch die Ultramontanen in ihrem Widerstande gegen die Staatsgesetze ermuthigen. Es hat ja allerdings sowohl von Seiten der Regierung wie unter der liberalen Partei nicht an Zeichen gefehlt, daß sie wohl, nachdem sie der römischen Hierarchie ernsthaft die Zähne gezeigt, nicht abgeneigt seien, zu einer theilweisen Revision und Milderung der Falk'schen Maigesetze und zu der Herstellung eines bequemen *modus vivendi* zwischen beiden Factoren. Aber seit der Publication des letzten Buches des Bischofs Martin, in welchem eine bloße Revision dieser Gesetze einfach zurückgewiesen und auf der absoluten Unterwerfung des Staats unter die Kirche bestanden wird, scheint man wieder darin einverstanden zu sein, daß der Culturbkampf ausgefochten werden muß bis in seine letzten Consequenzen. Man

darf nun dem Fürsten Bismarck wohl eine klare Einsicht in den Zug der gebildeten Geister (*drift of the educated mind*) des protestantischen Deutschlands zutrauen, auf deren Zustimmung seine allgemeine Politik so wesentlich basiert ist. Vor der Einführung seiner populären Kirchen-Gemeinde-Ordnung bestand in den liberalen, gebildeten Kreisen eine fast allgemeine Enthaltung von — um nicht zu sagen ein effectiver Widerwille gegen — alle kirchlichen Angelegenheiten. Seitdem hat sich dies aber wesentlich gebessert. Und man bemerkt gegenwärtig unter den gebildeten Laien Norddeutschlands einen gesunden Wettstreit, die protestantische Kirche mehr in Einklang mit den modernen Anschauungen zu bringen, und sie so zu einer wahrhaft nationalen Einrichtung zu machen. Jeder Versuch daher von Seiten der Regierung des ersten protestantischen Staates in Deutschland zu der alten reactionären Kirchenpolitik zurückzukehren, würde sicherlich die liberalen Kreise der Kirche aufs Neue entfremden; und selbst die traurige Aussicht auf eine allgemeine Verbreitung atheistischer und sozialistischer Ansichten unter den Massen würde sie schwerlich veranlassen sich zu bemühen, eine Stellung wieder einzunehmen, in welcher ihr Einfluß, und ihr Beispiel dem Gemeinwesen so viel Gutes zu thun versprach.“

5. Die Rechtsfrage in der Hossbachschen Angelegenheit.

Die von Seiten des Ober-Kirchenraths erfolgte Zurückweisung des Recurses der Gemeinde-Organe von St. Jacobi gegen die Nichtberufung Hossbachs gründet sich einerseits auf das durch § 8 der „Allerhöchsten Verordnung vom 2. December 1874 jedem Gemeindegliede zugesicherte Recht des Einspruches gegen Lehre, Gaben und Wandel des Gewählten, und andererseits darauf, daß für den Fall eines dergleichen Einspruches, auf Grund von § 32 der neuen „Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung“ die fortdauernde Gültigkeit der §§ 330—339, Titel 11, Theil II des allgemeinen Landrechts von dem Ober-Kirchenrath in Anspruch genommen wird, und damit resp. das Recht, seinerseits, zwar nach Maßgabe dieser Paragraphen, aber im Uebrigen doch ganz nach eigenem Ermessen über die Berechtigung desselben zu entscheiden.

Hier liegt nun, unseres Erachtens, eine unbedingt falsche Anwendung der angeführten Bestimmungen vor. Denn die in § 32 der Kirchen- und Synodal-Ordnung angezogenen Paragraphen des Allgemeinen Landrechts handeln nur von dem „Einspruchsrecht der **Gemeinden**“, für den Fall nämlich, daß ihnen seitens des Patronats ein Geistlicher aufgedrängt werden soll, dienen zum Schutze der Gemeinden gegen eine dergleichen Vergewaltigung, und sollen zu dem Ende auch ferner „in Geltung bleiben“. Die „Allerhöchste Verordnung“ dagegen behandelt nur das Wahlrecht der Gemeinde selbst, und demgemäß handelt es sich im § 8 derselben um das Einspruchsrecht einzelner Gemeindeglieder gegen die durch die Gemeinde selbst, „in

deren Namen bei Ausübung der Wahl, nach dem eigenen Erlaß des Ober-Kirchenraths vom 19. April 1875, die Gemeinde=Organe handeln“, getroffene Wahl. Dafür können nun denn doch jene Paragraphen des Allg. Landrechts, die ihrerseits nur den Fall, daß nicht die Gemeinde, sondern der Patron wählt, betreffen, gar nicht irgendwie herangezogen werden! Vielmehr gilt für dieses in § 8 normirte Einspruchsrecht jedes Gemeindegliedes gegen die durch die Gemeinde getroffene Wahl einfach nur der § 10 derselben „Allerhöchsten Verordnung“, wo genau bestimmt wird, daß in vier speziell angegebenen Fällen die Berufung eines durch die Gemeinde Erwählten versagt werden kann, resp. daß sie „nur“ dann „versagt werden darf“, wenn das Vorhandensein eines, oder mehrerer derselben, constatirt ist. Das Einspruchsrecht von § 8 hat eben allein den Sinn, daß in Folge eines dergleichen erhobenen Einspruchs eine Untersuchung darüber stattfindet, ob einer der im § 10 genannten vier Fälle vorliegt, oder nicht? Wenn dem nicht so wäre, sondern der Einspruch der Gemeindeglieder sich auf andere als die in § 10 aufgeführten Punkte, speziell also etwa — was freilich in sich ein Unding — auf die in den allegirten Paragraphen des Allg. Landrechts angegebenen dergleichen, beziehen sollte, der § 10 somit sich nicht auf Bedenken, die aus dem Schooße der Gemeinde stammen, sondern auf solche, die von anderer Seite her kommen, sich bezöge, so würde das im Eingange desselben gesagt sein müssen, es würde dann daselbst heißen müssen: „liegt kein Einspruch aus der Gemeinde vor, so darf die Berufung nur versagt werden, 1) wenn . . .“ Wie die beiden Paragraphen aber jetzt lauten und aufeinander folgen, stehen sie in untrennbarer Beziehung zu einander; § 10 giebt den Commentar zu § 8, und die Wörtchen „nur“ und „darf“ in § 10 schließen eo ipso alle Beziehungen auf das Allgemeine Landrecht aus.

Nun giebt es ja freilich eine Stelle in § 8, und auf sie stützt sich eben auch der Ober-Kirchenrath ganz speziell, welche, anscheinend in Widerspruch hiermit, in der That unter den in § 32 allegirten Vorkehrungen des Allg. Landrechts zum Schutze der Gemeinde gegen Vergewaltigung durch ihre Patrone sich ebenfalls vorfindet und von da auch in diese von der Gemeindegewahl handelnde Allerhöchste Verordnung herübergenommen ist. Es heißt nämlich am Schluß: „.... über Einwendungen einer Zweidrittelmajorität der Gemeindeglieder ist von dem Consistorium vor der Entscheidung der Kreis=Synodalvorstand zu hören.“ Es sieht das zunächst wie eine *contradictio in adiecto* aus. Wahl der Gemeinde=Organe durch die Gemeindeglieder und doch — eine Zweidrittelmehrheit der Letzteren gegen den Beschluß der Ersteren! Indessen die Sache hat doch ihren guten Grund. Die Gemeinde=Organe werden auf sechs Jahre gewählt; freilich scheidet von drei zu drei Jahren die Hälfte aus, die Ausscheidenden sind jedoch wieder wählbar, und so läßt sich denn unter solchen Umständen sehr wohl der Fall denken, daß eine durch diese Gemeinde=Organe getroffene Wahl eine Zweidrittelmehrheit ihrer eignen Wähler gegen sich hat. Sind wir ja doch von den politischen Wahlen her es zur Genüge gewohnt, daß sich in drei Jahren,

nun gar in sechs, unter Umständen ein vollständiger Umschwung in der Stimmung einer Wahlkörperschaft vollziehen kann. Nun, für eine solche, immerhin in den kirchlichen Dingen gewiß viel seltenere Eventualität trifft der angeführte Passus die Vorkehrung, daß dann — das gleiche Verfahren eintritt wie „bei Einwendungen aus der Gemeinde gegen Gaben und Wandel des Gewählten“, nämlich die localen resp. persönlichen Verhältnisse einer der Entscheidung des Consistoriums vor ausgehenden Prüfung durch den Kreis-Synodalvorstand zu überweisen sind. Bei den Einwendungen gegen die Lehre ist dies nicht nöthig, weil dabei allgemeine Fragen in den Vordergrund treten; und zwar gilt ein solcher Fall für viel wichtiger als der andere, so daß zu seiner Entscheidung sich das Consistorium durch den Provinzial-Synodalvorstand direkt zu verstärken hat. Bei Einwendungen gegen Gaben und Wandel dagegen, sowie bei dem auf besondere locale Störungen im Gemeindeleben hinweisenden Falle des Einspruchs einer Zweidrittelmehrheit der Gemeindeglieder gegen die von den Männern ihres eigenen Vertrauens getroffene Wahl ist eine möglichst sichere Constatirung des in letzterem Falle voraussichtlich etwas verwickelten Sachverhalts durch den den Theiligten näher stehenden Kreis-Synodalvorstand angeordnet. Wir begreifen nicht, wie es möglich ist, aus dieser in der Sachlage einfach und klar begründeten Vorkehrung, allein darauf hin, daß hier auch für die Gemeindegewahlen eine den gleichen Fall betreffende Verordnung getroffen ist, nicht nur den Schluß zu ziehen, daß die beim Eintreten desselben für die Patronatswahlen nach wie vor geltenden Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts auch auf sie Anwendung finden, sondern auch gar noch, weiter greifend, zu behaupten, daß die lediglich die Patronatswahlen betreffenden Bestimmungen desselben über das Einspruchsrecht der Gemeinden *brevis manu* überhaupt auch auf die Gemeindegewahlen und das Einspruchsrecht der Gemeindeglieder auszudehnen seien, somit in Einspruchsfällen, hier, wie dort, dem Consistorium die alleinige freie Entscheidung zustehe! — Es wird vielmehr, auch in dem für beide Arten der Wahl vorgesehenen Falle des Einspruchs einer Zweidrittelmehrheit, bei Gemeindegewahlen nur das gelten können, was die „Allerhöchste Verordnung“, die speziell für sie erlassen ist, ihrerseits selbst bestimmt; d. i. es wird auch ein solcher Einspruch nach § 10 derselben zu entscheiden sein und „nur“ dann berücksichtigt werden „dürfen“, wenn die auf Grund desselben angeordnete, unter Anhörung des Kreis-Synodalvorstandes zu führende genaue Untersuchung einen der in § 10 aufgeführten vier Fälle konstatiert, was ja unter solchen Umständen jedenfalls viel Wahrscheinlichkeit hat.

Es ist dies unseres Erachtens, geradezu selbstverständlich. Der Sinn und Zweck der neuen Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung geht ja dahin, die Gemeinden und ihre Organe zu einer gesteigerten, eigenen, dem Patronat gegenüber selbstständigeren Thätigkeit heranzuziehen und ihnen dem entsprechend auch größere Rechte einzuräumen. Damit ist

es denn absolut unvereinbar, daß es von dem Einspruche einzelner Gemeindeglieder abhängen sollte, ob diese Rechte ohne Weiteres kaltgestellt werden können, und die Entscheidung über eine von den Gemeinde-Organen getroffene Wahl ganz von dem freien Ermessen des Consistoriums abhängig gemacht wird. Der § 10 der Allerh. Verordnung hat eben den Zweck, die Gemeinden hiergegen zu schützen; er wird vollständig illusorisch, wenn die dem Consistorium den Patronatswahlen gegenüber, wo sie noch bestehen, zum Schutz der Gemeinden zustehende freie Entscheidung auch auf die Fälle, wo die Gemeinde selbst gewählt hat, ausgedehnt wird.

Beruhet nach dem Gesagten die abweichende Entscheidung des Oberkirchenraths unseres Erachtens auf einem rechtlichen Irrthum, auf falscher Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen, so tritt die Frage auf: ist dagegen gar kein Appell möglich? Kann eine erwiesene irrige rechtliche Entscheidung trotzdem rechtliche Gültigkeit beanspruchen? Liegt hier nicht ein Fall vor, der so recht vor den „königlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten“ gehört? Und wenn dessen Competenz zunächst etwa nicht so weit gehen sollte, **müßte** sie nicht dementsprechend erweitert werden? Rechtsfragen sollten eben nur rechtlich, durch Richter, entschieden werden, nicht durch Consistorien und Oberkirchenrath, bei deren Urtheil noch andere Motive und Anschauungen maßgebend sind, wo das Recht dann leicht zu kurz kommt.

Die St. Jacobi-Gemeinde kann dem vorliegenden Bescheide gegenüber nicht umhin, sich in ihrem Wahlrecht empfindlich gekränkt zu fühlen. Sie wird reiflich zu überlegen haben, wie sie dasselbe am wirksamsten zu vertheidigen hat. Hätte der gegen ihre Wahl erhobene Einspruch den Erfolg gehabt, einen der im § 10 der Allerhöchsten Verordnung aufgeführten vier Fälle zu constatiren, nun gut, dann hätte sie sich fügen müssen. Da dies aber nicht geschehen ist, da Lic. Hoßbach nach wie vor zu den qualifizirten Geistlichen des Landes gehört, so hat sich der gegen seine Wahl erhobene Einspruch als rechtlich hinfällig erwiesen! Ob er bei seiner Wahlpredigt, die denn doch überhaupt für die pastorale Thätigkeit eines Geistlichen nicht maßgebend ist, sich hätte etwas weniger offen ausdrücken sollen oder nicht, darauf kommt es für die rechtliche Beurtheilung der Sachlage gar nicht an. Derselbe hat factisch dem Oberkirchenrath nicht den Anlaß gegeben, ihn zur Untersuchung zu ziehen. Mit der ihm ertheilten Rüge ist die Sache für ihn abgethan. Er bleibt nach wie vor Geistlicher bei St. Andreas. Und da nun nach § 3 der das Gemeindevahlrecht regelnden Allerhöchsten Verordnung „die Gemeinde-Organen bei Ausübung des ihnen beigegebenen Wahlrechtes die Auswahl auf alle für die Verwaltung des geistlichen Amtes in der evangelischen Landeskirche qualifizirten Personen richten können“, so kann, unseres Erachtens, von einem etwaigen Verbote, die nunmehr neu bevorstehende Wahl wiederum auf Lic. Hoßbach zu richten, zum Wenigsten dem Gesetz nach, füglich gar nicht die Rede sein.

6. Ansprache an Prediger Hossbach bei Ueberreichung einer Dankadresse
am 5. März 1878.

Verehrter Herr und Freund!

Wir erscheinen vor Ihnen im Auftrage der Gemeinde=Organe von St. Jacobi gewissermaßen als Leidtragende, — um eine Hoffnung zu begraben, die uns lieb und werth war. Sie selbst haben uns den Weg gewiesen, den wir dabei zu gehen haben; und wir kommen um Ihnen dafür zu danken, daß Sie durch Ihren edelmüthigen Entschluß uns freie Bahn geschafft und unsere Gemeinde vor der Gefahr bewahrt haben, von der sie, ohne denselben, bedroht war. Wenn es für uns ein schwerer Schmerz ist, darauf verzichten zu müssen, daß Sie als Pfarrer bei uns einziehen, — wir bringen dies Opfer in der Ueberzeugung, die Sie ja mit uns theilen, daß es nur so für uns möglich ist, in der Sache zu gewinnen, was wir erstreben.

Wir kommen aber auch, um Ihnen für die mannhafteste Vertheidigung unserer Rechte und des Rechts des freien Protestantismus überhaupt zu danken. Die Neubelebung des Christenthums kann nur auf dem Wege der Freiheit geschehen, nur durch das Streben, bei aller Freiheit im Glauben, doch an der „Einheit im Geiste“ festzuhalten, für die Sie in ihrer so schwer und so ungerecht verdächtigten Gastpredigt in unsrer Kirche, welche solche Worte des Friedens und der Liebe allerdings noch nicht gehört hatte, in so ergreifender Weise eingetreten sind.

Die gemeinsamen Erinnerungen an die Kämpfe, die sich an diese Ihre Friedenspredigt angeschlossen haben, verbinden uns für alle Zukunft, und werden uns gegenseitig als ein Wahrzeichen dafür dienen, daß wir Brüder sein sollen im Geiste Christi!

7. Referat in der Gemeinde-Versammlung von St. Jacobi
am 4. Juni 1878.

.... Wir geben daher aus Herrn Professor Webers Rede einen Auszug der wichtigsten Stellen. Dieselbe beleuchtet die Einwendungen des Protestes in 6 Punkten. Nr. 1 betrifft einen äußerlichen Punkt, das Datum; Nr. 2 die Unterschriften. Darin wird zuerst die Heranziehung der Frauen als gegen das Kirchenrecht und die Besonnenheit verstößend getadelt; zwei Drittel der Unterschriften gehörten dem weiblichen Geschlecht an. „So bleiben denn,“ fuhr Professor Weber fort, 454 Männer. Nun, 321 davon sind selbstverständlich, nämlich die, welche am 7. Januar 1877 gegen unsere Wahl gestimmt haben. Trotz aller Agitationen haben sich somit nur 133 männliche Stimmen dazu gefunden. Das will nicht viel bedeuten. Eine kritische Durchmusterung der einzelnen Namen würde im Uebrigen wohl noch manche Umstände ergeben, welche die „Beträchtlichkeit“ und damit die Bedeutung der Zahl der Unterschriften auch für das Königl. Consistorium sehr abschwächen würden.

3) Der Inhalt. Der Protest beginnt damit, „die Wahl des Dr. Schramm müsse als ein „offenbarer und selbstwilliger Trog“ gegen die vom Hochwürdigem Consistorium und dem evangelischen Oberkirchenrath gegebene Entscheidung (über die Lehrgrenzen) geudeutet werden“ und geht dann des Näheren darauf ein, dies nachzuweisen. Hier liegt ein gänzlichcs Verkennen der Stellung der Gemeindeorgane vor. Von „Trog“ kann in diesem Falle überhaupt gar nicht die Rede sein. Der evangelische Oberkirchenrath ist zur Feststellung der Lehrgrenzen innerhalb der preussischen Landeskirche nicht berechtigt. Seine derartigen Erklärungen sind somit ohne bindende Kraft. Zum Wenigsten für die Gemeinden. Der Begriff des Protestantismus schließt ja absolute Glaubensnormen über das Evangelium hinaus überhaupt aus. Die Reformation hat diese Bande gesprengt, nicht bloß für das damals lebende Geschlecht, sondern für alle Folgezeit. Wer sich auf dem durch sie gelegten Grunde zu dem Glauben an Christus als Herrn und Meister und zu seiner Lehre bekennt, der ist ein evangelischer Christ und es hat in einer protestantischen Kirche Niemand das Recht, ihm über das Mehr oder Weniger seiner Glaubensansichten Vorschriften zu ertheilen.

In der That giebt es auch keine absolute Norm für die evangelische Kirchenlehre. Selbst die Orthodoxesten der Orthodoxen können nicht Punct für Punct alles das glauben, was als solche von der Reformationszeit her überliefert wird. Sie ist durchlöchert, oder sagen wir lieber durchleuchtet, von dem, was man die moderne Weltanschauung nennt, von dem Lichte der kosmischen Wissenschaften, dem sich Niemand mehr ganz entziehen kann. Aber auch in andern Fragen wirklich rein dogmatischer Art herrschen die größten Divergenzen unter den Orthodoxen selbst. Die von unserm Bachmann in seinem Leitfaden für Confirmanden vorgetragene Lehre, daß man Gott durch inbrünstiges Gebet zwingen kann, ist nicht Kirchenlehre. Und wenn unser Düsselhoff ganz ernstlich von directen Kämpfen zwischen Gott und dem Teufel spricht, die sich chronologisch in bestimmte Abschnitte zertheilen lassen, so sind diese seine chilastischen Phantastereien gradezu Irrlehren.

Wenn daher die Protestler die dogmatischen Anschauungen, die Dr. Schramm in seinem trefflichen Buche: „Unser Glaube“ niedergelegt hat, ihrerseits von sich stoßen, so haben wir dagegen zu erklären, daß wir ihn grade mit besonderer Rücksicht auf dieses Buch hin, welches von inniger Frömmigkeit und wahrhaftem Gottesgefühl durchweht ist, gewählt haben, weil wir darin die Ansichten ausgesprochen finden, die wir unsererseits im Interesse unserer Gemeinde auf unserer Kanzel endlich auch vertreten zu sehen wünschen. Dr. Schramm ist ja kein Neuling; er hat mit diesen Ansichten bereits 15 Jahre lang, zuerst innerhalb, dann außerhalb Preußens, in Segen gewirkt; er ist selbst Mitglied eines deutschen Landes-Consistoriums gewesen und zur Zeit ein in angesehener Stellung wirkender Geistlicher in Bremen. Will man alle die, die auf Grund seiner seelsorgerischen Thätigkeit unter ihnen mit Liebe und Vertrauen an ihm hängen, will man uns, die wir ihm mit gleichen Gefühlen

die Hand bieten, nicht als evangelische Christen gelten lassen? In der That, so steht es! man spricht ihnen und uns diesen Namen ab, man bezeichnet uns als Heiden, wo möglich als Gottesleugner! — Und während man diese, unter solchen Umständen schwerste aller Schmähungen gegen uns schleudert, hat man gleichwohl die Stirn, sich über einige, dem gegenüber wahrlich sehr harmlose Aeußerungen des Unmuths zu beschweren, die sich in der genannten Schrift finden, und die nur dann schlimm klingen, wenn man sie ganz aus ihrem Zusammenhange herausreißt. Man schlage doch mal ähnliche Werke orthodoxer Färbung nach; da wird man über die gegentheiligen Ansichten ganz andere Dinge zu lesen bekommen! — Möge Jeder, dem es um ein unbefangenes Urtheil in dieser Sache zu thun ist, Schramm's Buch nicht blos nach tendenziösen Auszügen beurtheilen, sondern es selbst zur Hand nehmen! Er wird dann die Ueberzeugung gewinnen, daß darin eine tief sittliche und von dem Geiste Christi getragene Lebensanschauung und Ueberzeugung mit warmer Innigkeit und mit erbaulicher Kraft vorgetragen wird.

4) Das Petition. Der Protest gipfelt am Schluß in der Behauptung: „daß die Gemeinde-Organe nicht den Willen hätten in ihrer Wahl das Bedürfniß der Gemeinde höher zu stellen, als einseitige Parteiinteressen; inzwischen wachse der Nothstand unserer Gemeinde durch die über alles Maß andauernde Vacanz des Pfarramtes und es lasse sich nicht absehen, ob überhaupt und wann bei der offen vorliegenden Parteitaktik der Gemeinde-Organe eine Pfarrwahl zu Stande kommen kann“, und daran knüpft sich dann das Petition: „Die Kirchenbehörde wolle für diesmal der St. Jacobigemeinde einen Pfarrer aus eigner Machtbefugniß setzen.“ Hier muß selbst die lammfrommste Geduld aufhören! Diejenigen, welche gerade ihrerseits durch ihre fanatischen Partei-maöver die lange Andauer der Vacanz selbst verschulden, sind unverfroren genug, dieselbe der Parteitaktik der Gemeinde-Organe Schuld zu geben, und entblöden sich nicht, das Königliche Consistorium sogar direct zum Gesetzesbruch aufzufordern. Welche Antwort wird die Königliche Behörde wol auf dieses Ansinnen dieser kirchlichen Demagogen geben? Die Kirchenstörung bei Hofbach's Predigt ist ihnen ja ungestört dahin gegangen; nicht einmal ein Wort des Tadel's ist ihnen dafür gesagt worden. Das hat ihnen dann den Muth gemacht, nun sogar auch ganz offen den Bruch des Gesetzes derselben Behörde anzunehmen, die zu dessen Schutze eingesetzt ist!

Ja, meine Herren, ein Nothstand liegt bei uns vor. Das ist aber nicht die augenblickliche Vacanz, der besteht schon seit Jahren, ja eigentlich schon so lange, als unsere Jacobikirche überhaupt steht. War sie ja doch uns, die wir, wie die Wahlen gezeigt haben, die Mehrzahl in der Gemeinde bilden, die ganze Zeit über eigentlich verschlossen, durch den Geist der Unduldsamkeit, der in ihren Räumen bisher ausschließlich geherrscht hat. Hofbach's Gastpredigt war die erste Predigt, die darin zur Einigkeit und zur Friedfertigkeit, auch Andersdenkenden

gegenüber, gemahnt hat. Diesem wahrhaften Nothstande abzu-
helfen, meine Herren, haben wir, die gewählten Organe der Gemeinde,
als unsere Pflicht erkannt. Nicht aus „Parteitaktik“ haben wir Hoß-
bach, haben wir Schramm gewählt, sondern weil wir es Ihnen, unsern
Wählern, schuldig sind, dafür zu sorgen, daß auch Ihre Ansichten, die
Sie durch unsere Wahl und Wiederwahl bekundet haben, endlich einmal
zu der Geltung kommen, die Sie dafür zu fordern berechtigt sind. Gäbe
es an unserer Kirche nur Einen Prediger, ja dann stände die Sache
freilich anders. Aber wir haben deren drei. Und wenn zwei davon
den Standpunkt der Minorität theilen, so ist das doch wahrlich genug.
„Das Bedürfniß der Gemeinde“, für welches wir als Vertreter
derselben zu sorgen haben, erheischt, daß wenigstens Ein Geistlicher,
von den dreien, auf dem Standpunkt der Majorität derselben stehe.
Daß die Minorität ihre Bedürfnisse ausschließlich als „das Bedürfniß
der Gemeinde“ hinstellt, ist eine Ueberhebung, die nicht scharf genug
gerügt werden kann. Mit demselben Rechte, mit dem sie gegen die
von uns gewählten Männer auftritt, könnten auch wir sagen: „Eure
Männer gefallen uns nicht; sie verleiden uns die Kirche durch ihren
Zelotismus, wir wollen von ihnen nichts mehr wissen und beantragen
nach § 531 Titel 11 Theil 2 des allgemeinen Landrechts ihre Ent-
fernung.“ Dieser Paragraph lautet: „Hat ein Pfarrer ohne bösen
Vorsatz durch unvorsichtiges Betragen das Vertrauen seiner Gemeinde
verloren, so müssen die geistlichen Oberen seine Versetzung an einen
anderen Ort veranstalten.“ Man braucht gar nicht zu der Interpre-
tationskunst seine Zuflucht zu nehmen, welche beim Fall Hoßbach ge-
golten hat, um diesen Paragraph auf unsere beiden noch fungirenden
Prediger zutreffend zu erachten. Unser Vertrauen, und somit das
Vertrauen der durch uns repräsentirten Gemeinde haben Beide,
nicht. Nun, wir denken natürlich entfernt nicht an ein solches Vor-
gehen. Wir achten beide Herren, trotz ihrer gegnerischen Stellung, als
Ehrenmänner und als die Vertreter der Ansichten unserer Minorität.

Ich komme nunmehr zu dem zweiten Protest.

5) Nahezu die Hälfte der Männer, die den ersten Protest unter-
zeichnet haben, gehören zu dem „kirchlichen Verein an St. Jacobi.“
In seiner Sitzung vom 4. April faßte dieser Verein den Beschluß, eine
Deputation nach Bremen zu entsenden, um Dr. Schramm's Osterpredigt
am 21. April anzuhören, und — eine stenographische Aufnahme der-
selben mitzubringen, für deren Richtigkeit die Deputirten mit ihrem
Zeugniß einzutreten bereit sind. Auf Grund dieses dem Consistorium
abschriftlich eingereichten Stenogramm's bezeichnet der Protest den Dr.
Schramm gradezu als Irrlehrer und wiederholt gegen ihn die An-
klagen, welche schon der erste Protest enthält. — Ich constative zunächst,
daß diese Männer etwas gethan haben, wozu sie nicht legitimirt waren.
Nur den Gemeindeorganen spricht das Gesetz das Recht zu, welches
sie für sich in Anspruch genommen haben. Wenn Andere, als die dazu
Berechtigten, in solcher Weise vorgehen, so ist dies einfach ein Zeichen,

daß die Parteileidenschaft bei ihnen die Feinheit des sittlichen Anstandsgefühls in bedenklicher Weise abgestumpft hat. Es geziemt einem Gentleman nicht, unberechtigte verstoßene Wege zu gehen. Bei uns hier in Berlin ist es ja freilich jetzt nahezu usuell geworden, daß die Predigten freisinniger Geistlicher stenographisch bespionirt werden. Dieses Denunziantenthum streift aber knapp an den Grenzen des Strafrechts vorbei. Das Reichsgesetz zum Schutze des geistigen Eigenthums vom 11. Juni 1870 bestimmt in § 1: „das Recht, ein Schriftwerk auf mechanischem Wege zu vervielfältigen steht dem Urheber ausschließlich zu“ und in § 5 heißt es: „als Nachdruck ist auch anzusehen: b) der ohne Genehmigung des Urhebers erfolgte Abdruck von Vorträgen, welche zum Zweck der Erbauung, Belehrung und Unterhaltung gehalten sind.“ Im vorliegenden Falle handelt es sich nun freilich nicht um einen Nachdruck, sondern um eine Nachschrift. Es kommt somit lediglich darauf an, ob eine solche als eine Vervielfältigung im Sinne des § 1 anzusehen ist oder nicht. Existirt außer der dem königlichen Consistorium eingereichten Abschrift auch nur noch Eine dgl. (und das ist in der That kaum anders möglich, denn diese Abschrift ist eine Reinschrift), so liegt eine Vervielfältigung factisch vor! Daß es sich jedenfalls hier um eine unbefugte Disposition über fremdes geistiges Eigenthum handelt, das steht ja fest; und mit den gewöhnlichen Grundsätzen der öffentlichen Moral und des öffentlichen Anstandes läßt sich dergleichen schwer in Einklang bringen. Freilich, Parteisanatismus, noch dazu in majorem dei gloriam, hebt über solche kleinliche Bedenken leicht hinweg. Man ist im Uebrigen mit Recht gespannt darauf, was das königliche Consistorium zu dieser Art der Beweisführung sagen und ob es ihr die kirchliche Approbation ertheilen wird. — Auch die Frage verdient noch Erwägung: bietet das Zeugniß der Deputirten wirklich eine Garantie für die Richtigkeit der Aufzeichnung? Sie wissen, meine Herren, überall wo stenographirt wird, ist es Brauch: 1) daß eine doppelte stenographische Aufnahme stattfindet, 2) daß das Stenogramm erst der Durchsicht des Redners unterliegt, ehe es als gültig anerkannt wird. — Auf die dogmatische Seite der Frage gehe ich gar nicht ein. Was die Herzen der evangelischen Domgemeinde in Bremen erhebt, das wird auch uns hier in St. Jacobi wohl erbauen können. — Nun, dies führt uns gleich hinüber zu dem zweiten Punkt, den dieser zweite Protest urgirt. Derselbe behauptet nämlich:

6) dem Dr. Schramm mangle die gesetzliche Wählbarkeit, weil er innerhalb der preussischen Landeskirche nicht fünfzehn Dienstjahre hat. Nun, meine Herren, dieser Grund ist gänzlich ungefährlich, aber er ist charakteristisch. Er ist ungefährlich, denn er bricht in sich selbst zusammen gegenüber dem bisherigen Unus, der keine derartige Beschränkung kennt. Die General-Superintendenten Hoffmann und Brückner, um nur diese beiden Beispiele zu nennen, sind in die höchsten geistlichen Aemter Berlins berufen worden, ohne daß sie vorher irgendwie der preussischen Landeskirche angehört hatten. Zum

Ueberfluß ist die Sache ja auch schon, und zwar erst ganz kürzlich, durch einen Erlaß des Evangelischen Ober-Kirchenraths (vom 26. März d. J.) principiell entschieden. Derselbe bestimmt nämlich, daß die Vorschriften der Mai-Gesetze über den bei der Anstellung eines Geistlichen nöthigen Nachweis wissenschaftlicher Vorbildung auf Personen, welche vor deren Verkündigung bereits im geistlichen Amte angestellt waren, oder auch nur bereits die Fähigkeit zur Anstellung darin erlangt hatten, keine Anwendung finden sollen, und dabei ist dann ausdrücklich festgestellt, daß dies nicht nur auf das geistliche Amt in der preußischen Landeskirche, sondern auch auf das geistliche Amt aller Landeskirchen innerhalb des deutschen Reiches zu beziehen ist. — Aber, charakteristisch ist jene Behauptung des Prophetes im hohen Grade; denn sie kennzeichnet so recht den Grad von Engherzigkeit, der jener Partei zu eigen ist. Dank unserm ehrwürdigen und glorreichen Kaiser, dessen theures Leben Gott jetzt zweimal so wunderbar behütet hat, haben wir jetzt ein deutsches Vaterland. Eine Schranke nach der andern fällt, welche bisher die einzelnen deutschen Staaten und Stämme von einander getrennt hielt. Aber diese Männer möchten die alten Schranken wieder aufrichten, und zwar sogar auf geistigem Gebiet, auf dem doch bisher schon über ganz Deutschland hin die volle Freizügigkeit geherrscht hat. Was würde das wohl jetzt, acht Jahre nach Sedan, für einen Eindruck außerhalb Preußens machen, wenn den Wünschen dieser Männer gemäß, aus der preußischen Landeskirche eine mittelalterliche Burg gemacht würde, in die niemand ohne ihren Passirschein eintreten dürfte?!

Meine Herren, wir streben nicht nach Herrschaft in unserer Landeskirche. Wir wissen ja auch, der Augenschein lehrt es uns, daß unsere Ansichten in ihr in der Minorität sind. Aber wir beanspruchen Luft und Licht auch für uns, als unser protestantisches Recht. Hier in unserer Jacobi-Parodie haben wir ja die Majorität. Aber wir verlangen keineswegs, wie unsere Gegner, daß alle drei Prediger derselben unserer Richtung angehören sollen. Das sei ferne von uns! Wohl aber bestehen wir darauf, daß wir nicht weiter wie bisher aus unserer eignen Kirche ausgeschlossen werden und, daß zum Wenigsten einer unserer drei Prediger unserer Richtung angehöre, damit auch wir uns bei dem Gottesdienste in unserer Kirche erbauen können und uns nicht fortwährend dabei abgestoßen und in unseren heiligsten Gefühlen gekränkt sehen. Auch wir fühlen uns als treue Glieder der evangelischen Kirche. Auch wir bekennen uns, ein Jeder nach dem Maße seiner Einsicht und seines Gewissens, zu Jesus Christus, dem Erlöser und Heiland der Welt. Auch wir wollen christliches Leben und christliche Religiosität in unserer Gemeinde gepflegt sehen. Wer anders von uns ausfragt, der legt falsches Zeugniß von uns ab, wofür er vor Gottes Richterstuhl die Verantwortung tragen mag.

Und nun noch Eins. Wenn es denn wirklich etwa doch so bestimmt wäre, daß, um ein jüngst gelesenes Wort zu wiederholen „unsre

Gegner in Gottes Hand der Hammer sein sollten, mit dem er die preussische Landeskirche zerschlägt," so weisen wir jede Mitschuld daran von uns, und wir sind der festen Zuversicht, daß uns auch die Geschichte davon freisprechen wird. Die Weltgeschichte aber ist das Weltgericht!

Nachschrift (vom 2. Febr. 1879). Es wird ja jetzt gar tapfer an dieser „Zerschlagung“ gearbeitet! Von rechts wie von links her ertönt auf einmal unisono der Ruf nach „freien Volkskirchen“. Von rechts her sind es die alten, friedlosen Gegner der Union, welche das eigenste Werk Friedrich Wilhelm's III. auf diese Weise endlich zu Falle zu bringen hoffen! Lieber mag Alles außer Rand und Band gehen, als daß sie mit Andersgestimmten zusammen, in Selbstverleugnung und Verträglichkeit, am gemeinschaftlichen Werke arbeiten wollen! Von links her sind es die Freigemeinder und ungeduldbigen Idealisten, welche die gegenwärtigen unleidlichen Zustände nicht länger ertragen wollen. Nun, das Beispiel der „freien Gemeinden“ und der Altkatholiken ist nicht gerade sehr verlockend. Die Hoffnung, dem „freien Protestantismus“ ein gleiches Loos zu bereiten und nach dem Austritt der freisinnigen mildtätigen Elemente den Rest zu beherrschen, ist es ja eben, welche die „Neue Evang. Kirchenzeitung“ veranlaßt, den Sirenen gesang von dem „freien Volkskirchenthum“ anzustimmen. Mögen sich die Idealisten doch ja nicht durch den schönen Klang dieses Wortes berücken lassen! Denn es heißt hier wahrlich: timeo Danaos et dona ferentes. Freilich sind die Danaer in diesem Falle durch ihre Unduldsamkeit und Herrschsücht ihrerseits auch gewaltig verblendet, und zerschneiden ihr eigenes Fleisch. Denn factisch steckt hinter jenem Worte weiter nichts, als — Zerrissenheit und Schwäche für den Protestantismus, dagegen Zuwachs und Triumph für Rom! Man blicke doch nur einmal hin auf Holland, England, Schottland und Amerika. Das sind die Länder der Volkskirchen! Da blüht ja bei allem Guten, was wir denselben nicht absprechen wollen, andererseits doch auch die starkste Bigotterie und das allerraffeste Sectenwesen mit allen Auswüchsen des Irrthums und des Fanatismus (man denke an die Mormonen!), und Roms Macht nimmt da zugleich stetig, und zwar in ganz ungemessenen Dimensionen, zu! — Gerade das bildete bisher den Ruhm und die Kraft des deutschen Protestantismus, und er verdankte dies zum guten Theil gerade eben dem „Landeskirchenthum“, daß er Raum und Schutz und Auge für Alle hatte, daß alle Richtungen, die sich nicht selbst ausschlossen, in ihm gleichmäßig vertreten waren. Dadurch war theils dem Ueberwuchern des Sectenwesens ein Halt geboten, theils stand der festgeschlossenen katholischen Kirche immerhin eben doch auch eine Einheit gegenüber. Die jetzige Zeit nun, wo einestheils der Materialismus, andernteils der Aberglaube die Gemüther gerade auch der unteren Schichten des Volkes — vulgus vult decipi — in geradezu erschreckender Weise verwirrt, und wo überdem das Papstthum eine immer compactere Gestalt gewinnt, ist wahrlich nicht dazu angethan, halsbrechende Experimente zu machen. — Der „freie Protestantismus“ hat seine volle Berechtigung innerhalb der preussischen Landeskirche, und er hat auch die Pflicht, darin auszuharren, und seine Bestimmung darin zu erfüllen, die Unmündigen nämlich mündig zu machen, die Mündigen zu vertreten, die Abseitstehenden und „Ungläubigen“ heranzuziehen. Die neuen Gesetze, die neue „Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung“ sind ja kaum erst erschienen! Man probire es doch erst einmal mit ihnen, führe sie stramm und ohne Winkelzüge aus, und der Segen wird sich bald herausstellen! Man wird offene Hände und offene Herzen finden! — Nur durch allseitige Heranziehung der religiös Gestimmten, besonders auch in den gebildeten Kreisen des Volkes, zu gemeinsamer Arbeit, nicht durch Auseinander-Sprengung derselben, kann der Protestantismus seine weltgeschichtliche Aufgabe erfüllen, ja der katholischen Kirche gegenüber überhaupt nur seine Existenz behaupten.

8. Anhang.

Eine Parallele.

Zu dem Aufsatze: „Was ist Brahmoismus?“ *Protest. R.-Z.* 1872, Nr. 6, p. 121—22.

Der interessante Artikel über den Brahmasamādīsha in Ihrer letzten Nr. veranlaßt mich zu einer kurzen Bemerkung. Die Leiter desselben befinden sich nämlich offenbar in einer Selbsttäuschung, wenn sie ernstlich meinen, ihre Lehre von Brahman als einem Gott der Liebe lasse sich auf die indischen Cāstra zurückführen. Dem ist durchaus nicht so. Die alten kindlichen Vorstellungen der zweiten vedischen Periode, der sogenannten Brāhmaṇa-Texte, von Brahmāpati, dem Herren der Geschöpfe, der hier und da wohl auch geradezu deren Vater heißt, sind denn doch himmelweit von jener ihrer Lehre verschieden, tragen vielmehr ganz das gleiche Gepräge, wie ähnliche Vorstellungen, die sich gelegentlich auch bei den Griechen und Römern finden, und die durch den Diespiter, *Dyaus pitar*, *Ζεύς πατήρ* „Vater Himmel“ sogar bis in die indogermanische Urzeit hinaufreichen. Noch viel weniger aber bieten die philosophischen Systeme der Inder irgend welchen Anhalt zu der Lehre von dem „Gotte der Liebe.“ Und wenn sich in den spätern Upaniṣhad, so wie in den Purāṇa und ähnlichen Texten einmal ein Anklang finden sollte, so steht es damit einfach so, daß wir darin christliche Einflüsse zu erkennen haben. Es haben nämlich ganz entschieden von früher Zeit her christliche Vorstellungen und Legenden in weit höherem Grade, als man in der Regel annimmt, Eingang nach Indien gefunden; insbesondere ist bei den indischen Secten der späteren Zeit die Lehre von der unbedingten gläubigen Hingabe (*bhakti*) an je ihren Gott aller Vermuthung nach direct auf christlichen Einflüssen beruhend; auch sind manche dieser späteren sectarischen Gebete wirklich von einem tiefen Heilsbedürfniß getragen.*) Aber theils ist dies nichts speciell indisches, sondern vielmehr eben auf historischen Einwirkungen des Christenthums beruhend, theils ist in Allem dem die Lehre von dem „Gotte der Liebe“ denn doch eine höchst verdunkelte, — weit entfernt von der Reinheit der Vorstellungen, wie sie die Leiter des Brahmasamādīsha jetzt vortragen, und zwar in ganz ähnlicher Wärme und Weise, wie sie sich z. B. in dem kürzlich von Loke herausgegebenen „Evangelium der armen Seele“ wiederfindet.

*) als Beispiel diene folgendes Gebet (s. meine Abh. über Krishna's Geburtsfest, Berlin 1868. p. 293):

Rette mich, aller Welten Herr! Hari, aus dem Samsāra-Meer!
Entreiß mich, Tilger aller Schuld, der Fluth von Schmerz und Gram, o Herr!
Herr aller Welten! rette mich, der in den Strom des Lebens fiel,
O Devaki-Sohn! Herr des Heils! Hari, aus dem Samsāra-Meer!
Entreiß mich, tilgend allen Schmerz, der Krankheit-Kummer-Fluth, Hari!
Du, Vishnu, hilfst den Elenden, gedenken sie nur einmal Dein;
Ich bin, Gott, sehr elendiglich; rette mich aus dem Kummer-Meer!
Lotus-Aug'ger! versunken ich im Täuschungs-Thorheits-Meere bin.
Rette mich Gott, der Götter Herr! Außer Dir ist kein Schützer ja!

Der Verf. dieses letzteren Werkes ist sich seiner völligen Abhängigkeit von Christi Lehre begreiflicher Weise auch bewußt, und verzichtet nur darum auf den Namen eines Christen, weil er sich eine curiose Abstraction von allen teleologisch-kosmologischen Momenten zurecht gemacht hat, und die schöpferische Kraft und Thätigkeit Gottes vollständig perhorrescirt, während der Brahmasamādhscha auch in dieser Beziehung mit der christlichen Lehre wesentlich übereinstimmt. Die Leiter und Mitglieder desselben sind eben einfach wirkliche Christen, sobald sie sich erst von der Unrichtigkeit des theilweise von ihnen noch festgehaltenen Wahnes, ihre Lehre lasse sich auf ursprünglich indische Vorstellungen zurückführen, überzeugt haben und zu der richtigen Erkenntniß gekommen sein werden, daß es eben factisch Christi Lehre ist, die sie vortragen, mit andern Worten, sobald sie sich nicht blos der Lehre, sondern auch den Namen nach zu Christus bekennen. Auf das „apostolische Glaubensbekenntniß“ und dgl. der späteren Entwicklung des Christenthums angehörige Dogmen und Bekenntnißschriften werden sie sich freilich nie verpflichten lassen, aber zu dem Evangelium Christi lautet doch ihr Bekenntniß, ohne daß sie es wissen, oder Wort haben wollen.

Berlin, 6. Febr. 1872.

A. Weber.

Wahrlich, es stünde gut um das Christenthum, und seine Ausbreitung im Orient, wenn es viele solche Christen gäbe, wie die Brahmoisten es sind, oder wenigstens zu sein streben, ob sie auch, aus patriotischen Gründen, sich nicht als solche bekennen wollen!

Inhalt.

	Seite.
1. Zur Lage unserer evangelischen Kirche. Von einem Laien. (Vossische Zeitung, 13. Juli 1873.)	3— 4
2. Kein Prediger, kein Geld. (Berliner Tageblatt, 15. Juni 1877.)	5— 8
3. Offener Brief an Se. Hochwürden den Gen.-Sup. Probst Dr. Brückner. (Berliner Tageblatt, 26. September 1877.)	9—11
4. Der Fall Hofbad. (Vossische Zeitung, 28. Okt. 1877. Erste Beilage.)	11—17
5. Die Rechtsfrage in der Hofbad'schen Angelegenheit. (Berliner Tageblatt, 7. Februar 1878.)	17—20
6. Ansprache an Prediger Hofbad bei Ueberreichung einer Dankadresse am 5. März 1878. (Protest. R.-Ztg., Nr. 10, vom 9. März, p. 205.)	21
7. Referat in der Gemeinde-Versammlung von St. Jacobi am 4. Juni 1878. (Deutsches Protestantenblatt, Bremen, 15. Juni.)	21—27
8. Anhang. (Eine Parallele). Zu dem Aufsatz: „was ist Brahmoismus? (Protest. R.-Z. 1872, Nr. 6, p. 121—22.)	28—29



